

für einen langfristigen Wirtschaftsplan, der Direktive der 3. Parteikonferenz der SED für den zweiten Fünfjahrplan, verknüpft. Dies war Ausdruck der Erkenntnis, daß die sozialistische Demokratie ihrem Wesen nach in der Sphäre der materiellen Produktion verwurzelt ist und von hier aus alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt. Das Verständnis in der Bevölkerung dafür, daß Demokratie ohne die Beherrschung der Produktivkräfte hohl ist, daß sie sich um so mehr entfaltet, je enger sie mit der Entwicklung der Produktion verbunden ist, war von größter ideologischer Bedeutung für die anzustrebende Hinwendung der Volksvertretungen zur Lösung der ökonomischen Aufgaben, für ihre Entwicklung zu sozialistischen Führungsorganen, deren Arbeitsplan der Volkswirtschaftsplan ist. Kennzeichnend für das Bewußtwerden dieser Demokratie- und Staatsauffassung unter der Bevölkerung war einmal die Tatsache, daß in der Diskussion zu den „Grundsätzen“ der Gedankenaustausch zum künftigen Aufgabenprofil der Arbeit der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe den größten Raum einnahm. Lebhaft erörtert wurde insbesondere die Notwendigkeit, unter Berücksichtigung der Perspektiven der volkswirtschaftlichen Entwicklung in der Republik langfristige komplexe Pläne des sozialistischen Aufbaus in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden auszuarbeiten und damit Grundlagen für eine wissenschaftlich-vorausschauende Leitungstätigkeit zu schaffen. Auch die Mitverantwortung der örtlichen Organe der Staatsmacht für das wirtschaftliche Geschehen in den zentral geleiteten Bereichen der Volkswirtschaft und die daraus abzuleitenden Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit anderen wirtschaftsleitenden Organen und Institutionen bildeten in diesem Zusammenhang einen Schwerpunkt der Diskussion.

Indem die Aussprache an die gesellschaftliche Effektivität der Machtausübung durch die Volksvertretungen den konkret bestimmbar Maßstab der Ziele des Volkswirtschaftsplanes anlegte, schärfte sie zugleich den Blick für Erscheinungen geschäftigen Leerlaufs und bürokratische Arbeitsmethoden. Nahezu die Hälfte aller in der Presse veröffentlichten Leserzuschriften übten im ersten Stadium der öffentlichen Diskussion freimütige Kritik an solchen Erscheinungen.¹⁶ Sie richtete sich gegen eine Mißachtung von Vorschlägen, Hinweisen und Forderungen aus der Bevölkerung durch staatliche Organe, insbesondere soweit diese in der Wahrnehmung berechtigter persönlicher Interessen vorgebracht wurden.¹⁷

Ausmaß und Schärfe der öffentlichen Kritik an unververtretbaren Entscheidungen und lebensfremder Geschäftigkeit bekräftigten nachhaltig die Frontstellung der 3. Parteikonferenz gegen die Gefahr des Bürokratismus in den Arbeitsmethoden staatlicher Organe. Sie bewies zugleich, daß sich mit fortschreitender Entwicklung der ideologische Boden für eine gesellschaftlich-moralische Ächtung des Bürokratismus ständig festigte und sich damit die Möglichkeiten vergrößerten, die Lebensfremdheit im Wirken, staatlicher Organe überwinden zu können.

Kontrolliert von den Volksvertretungen und ihren einzelnen Abgeordneten, trug die positive Reaktion der Mehrzahl der staatlichen Organe auf diese

16 Von 713 Leserbriefen, die von April bis Juni im „Neuen Deutschland“, in der „Stimme des Patrioten“ und in 10 örtlichen Presseorganen der SED veröffentlicht wurden, hatten 492 Zuschriften solche Erscheinungen zum Gegenstand.

17 Vgl. in diesem Zusammenhang insbesondere den Bericht über eine Tagung des Parteikativs der Mitarbeiter der zentralen Staatsorgane im August 1956, auf der Willi Stoph referierte, in: ND vom 21.8.1956; vgl. ferner den Diskussionsbeitrag des Abgeordneten Gerlach (LDPD) anläßlich der 1. Lesung der Gesetzentwürfe in der Volkskammer am 30.8.1956, in: Volkskammer der DDR, a. a. O., S. 461.